

20. 7. 1917.

138

Der Landwirtschaftsetat

beschäftigt gegenwärtig den verstärkten Haushaltsausschuss des Abgeordnetenhauses. Der Berichterstatter führte aus, daß die Dotierung des Landwirtschaftsetats zu niedrig sei. Wenn die Intensität größer geworden wäre, dann wären auch mehr Nahrungsmittel vorhanden. Unter anderm sei zu wenig für Behauung, Düngung, Genossenschaften usw. ausgegeben worden. Die bestehenden Getreidepreise seien unrichtig und eine Reform nötig. Wenn es so weitergehe, werde sich die Getreideanbaufläche verringern. Es sei doch unmöglich, daß für Roggen 20 M. bis 21 M. und für Lupinen 80 M. bezahlt werden. Im Vergleich mit anderen Preisen seien die Getreidepreise zu niedrig. Der Redner fragt an, ob tatsächlich die Gerste allgemein beschlagnahmt werden solle. Bei der Verteilung der Gerste seien schwere Fehler vorgekommen. Man solle die Landwirtschaft nächst der Munitionsindustrie bei der Lieferung von Kohle bevorzugen. Ein böses Kapitel wären die Kartoffeln. Die Missernte des vorigen Jahres werde bei der Ernte in diesem Jahr noch nachwirken. Die Rübenpreise seien zu niedrig, deshalb werde der nötige Zucker ausbleiben. Die Preise für Heu um 4 M. seien ebenfalls zu niedrig. Zur Förderung des Gemüsebaues müßten höhere Summen bereitgestellt und für die Frühjahrsbestellung Facharbeiter vom Heere beurlaubt werden. Eine rentable Schweinezucht sei bei den niedrigen Preisen nicht möglich. Die Milchpreise müßten unbedingt erhöht werden. Für die Kartoffelrodungsanstalten hätte man höhere Beträge bestimmen sollen. Wie denke man sich die Arbeiterfrage nach dem Kriege? Die Landarbeiter müßten zuerst entlassen werden. Auch für die Aufforstungen sollte man mehr tun.

Ein Zentrumsredner führte aus, daß bei den Druschprämien die kleinen Landwirte sehr benachteiligt seien. Bedauerlich sei die Entzignung der Saatkartoffeln zum Preise von 4 M., während die Landwirte dann wieder 11 bis 12 M. dafür ausgeben müßten. Das werde sich beim Anbau rächen. Die Preisdifferenz zwischen Früh- und Spätkartoffeln dürfe nicht wieder so groß sein. Er sei gegen Herabsetzung der Viehpreise.

Ein freikonservativer Redner verlangt schnellste Aufhebung des Verbots der Verfütterung von Stedrüben. Ein Konservativer verlangte, daß in Zukunft höhere Mittel für den Landwirtschaftsetat angewendet werden. Bei der jetzigen Neufestsetzung der Rübenpreise entstehe eine große nationale Gefahr. — Ein Nationalliberaler wünscht Uebernahme des niederen landwirtschaftlichen Schulwesens durch den Staat. Für die Frühjahrsbestellung müßten mehr Kräfte vom Heere beurlaubt werden. Die nötigen Saatkartoffeln seien sicherzustellen. Die Stedrüben sollten zur Brotstreckung dienen und deshalb ihr Anbau gefördert werden. Der Gemüsebau bedürfe erheblicher Ausdehnung. Die Milchpreise seien zu niedrig, die Differenz zwischen Schlachtvieh- und Milchpreis müßte von einer Stelle ausgeglichen werden. Der Rübenpreis müsse mindestens 2,50 M. betragen. Hauptsache sei doch immer, daß etwas herbeigeschafft werde, ganz gleich, wie hoch der Preis sei.

Ein Volksparteier hebt hervor, daß die Frage der Bestellung von größter nationaler Bedeutung sei. Seine Partei wolle alles zur Förderung der Erzeugung tun. Nach dem Kriege müsse die Technik der Erzeugung überwiegen. Falsch sei es, allgemein höhere Preise zu fordern. Die hohen Viehpreise hätten doch die Ernährung des Volkes nur erschwert. Man dürfe die Preise nicht an der Kriegskonjunktur messen. Es gäbe Millionen, welche die Preise nicht mehr zahlen können. Der Redner weist besonders auf die schwierigen Ernährungsverhältnisse in Frankfurt a. M. hin. Den Lieferungsverträgen stimmen seine Freunde zu, sie müßten aber eingehalten und rechtlich gesichert werden. Zur Bewältigung der schweren Aufgaben der Städte müßten diese bei der Besetzung der Kriegswirtschaftsämter besser berücksichtigt werden. Die Organisation hinsichtlich der Butter- und Fettverteilung habe völlig versagt. Hier müsse eine Besserung erzielt werden. Der Schleichhandel, der Butter für 8 M. liefert, sei zu unterbinden.